

08-12-1987



BRÜSSEL 4, den

An Frau Staatssekretärin für Volks-
gesundheit und Behindertenpolitik

N° 19.068/II/PD/AR
MTV

Rue de la Loi, 56, Wetstraat
1040 BRÜSSEL

AF

Betrifft : Arzneimittel. Information der Öffentlichkeit.

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin,

Ich beehre mich, Sie davon in Kenntnis zu setzen, dass die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle in gemeinsamer Sitzung beider Sektionen am 17. September 1987 eine Klage darüber untersucht hat, dass auf den Arzneimittelpackungen sowie auf den dazugehörigen Beipackzetteln häufig keine Hinweise in deutscher Sprache abgefasst sind, obwohl das Gesetz den pharmazeutischen Firmen dies vorschreibt.

Aus der Untersuchung dieser Akte wie auch aus den Auskünften, die Sie uns wohlwollend haben zukommen lassen, geht hervor, dass diese Verpflichtung, obgleich sprachlicher Natur, nicht von der Gesetzgebung über den Sprachgebrauch in Verwaltungsangelegenheiten herrührt, die SKSK hat sich daher für unzuständig erklärt.

Eine Abschrift dieses Gutachtens ergeht an die klagende Partei.

Mit vorzüglichster Hochachtung,

DER VORSITZENDE

J. FLEERACKERS